

KOLUMNE: INDUSTRIESERVICE

VAIS

## Kurskorrektur notwendig

Mit großem Knall und einem Rosenkrieg ist die Ampel-Koalition gescheitert. Die USA haben mit Donald Trump einen ausgewiesenen Protektionisten, Isolationisten und Populisten abermals ins Weiße Haus gewählt. Die politische Großwetterlage könnte für die deutsche Industrie zum Jahresende nicht düsterer sein: Wichtige Gesetzesvorhaben drohen mit dem Ende der Koalition und dem Prinzip der parlamentarischen Diskontinuität in der Versenkung zu verschwinden.



Dietmar Kestner,  
VAIS

Dies betrifft zum einen das Kraftwerksicherheitsgesetz, das nach langem Hin und Her eine No-Regret-Maßnahme für die Versorgungssicherheit und für die Marktanreize von Wasserstoff wäre, und zum anderen das Kohlenstoff-Speicherungs- und Transportgesetz, das die Grundlage für CCS und damit die Zukunftsfestigkeit großer Teile emissions- und energieintensiver Prozessindustrien in Deutschland schafft.

Dies betrifft auch die Umsetzung europäischer Richtlinien wie die Industriemissionsrichtlinie und die Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD), ebenso wie die Verwirklichung von stiefmütterlich behandelten digitalpolitischen Vorhaben wie die EU-Richtlinie zur IT-Sicherheit NIS-2 und dem Dachgesetz für Kritische Infrastrukturen (KRITIS). Insbesondere in diesem Bereich hat die als „Fortschrittskoalition“ angetretene Regierung nicht geliefert, obwohl Cybersicherheit und Digitalisierung als Achillesferse des Standorts Deutschland gelten.

## Die Bundestagswahl muss eine Richtungswahl sein.

Derweil fällt Deutschland in seiner Wettbewerbsfähigkeit weiter zurück. Die Sicherheit der Energieversorgung ist zunehmend in Frage gestellt. Es fehlt überall an Fachkräften. Die Unternehmensbesteuerung ist zu hoch. Hohe Energiepreise erodieren immer mehr die industrielle Produktion in Deutschland. Die hausgemachte Kostenfrage der Energiewende lässt die industrielle Basis erodieren und leitet eine ungeahnte Deindustrialisierung ein.

Darüber hinaus trifft die exportorientierte Industrie auf eine zunehmende Abschottung von Märkten und auf einen globalen Wettbewerb, in dem die Konkurrenz mit günstigen Energiepreisen, wenig Transformationsdruck und ohne Regulationslast einen erheblichen Vorteil gegenüber heimischen Unternehmen genießt.

Die Probleme sind allseits bekannt und oft beschrieben worden, und doch verhallen die Appelle nach Gipfeln, Papieren und Strategieprozessen. Der aktuelle Zustand der deutschen Automobilindustrie, der wichtigsten Kundenindustrie der deutschen chemischen Industrie, steht schließlich wachsend für das Dilemma der deutschen Wirtschaft.

Die Bundestagswahl am 23. Februar muss daher eine Richtungswahl sein, die über den zukünftigen wirtschafts- und industriepolitischen Kurs des Landes entscheidet. Es muss klar sein, dass nach der Wahl ein großes Entlastungspaket für die deutsche Wirtschaft geschnürt werden muss. Hier stehen alle demokratischen Parteien in der Pflicht zu einem gemeinsamen Kraftakt, wollen sie den Wohlstand in Deutschland sichern. Dabei müssen Strompreisentlastungen wie bei den Netzentgelten oder eine Ausweitung der Strompreiskompensation (wie in der chemischen Industrie) ebenso Bestandteil eines solchen Paketes sein wie ein Belastungsmoratorium für Berichts- und Dokumentationspflichten oder eine Integration der losen Fäden der zahlreichen Strategieprozesse.

Und schließlich muss eine neue Regierung eine starke Stimme für deutsche Interessen in Brüssel sein. Oftmals war diese Stimme bei vitalen industriellen Interessen Deutschlands in den letzten Jahren zu verzagt und zu heiser.

Der VAIS wird in den kommenden entscheidenden Monaten seine Stimme nutzen, um sich für die Interessen seiner Mitgliedsunternehmen in Anlagenbau und Service einzusetzen.

Ihr

Dietmar Kestner,  
Geschäftsführer,  
Verband für Anlagentechnik und Industrieservice e.V. (VAIS),  
Düsseldorf

■ d.kestner@vais.de  
■ www.vais.de

Der Verband für Anlagentechnik und Industrieservice e.V. (VAIS), hat es sich zur Aufgabe gemacht, das breite Spektrum der Branche umfassend zu vermitteln, Kompetenzen zu bündeln und ein repräsentatives Branchenimage nach Außen zu tragen.

■ VAIS Verband für Anlagentechnik und Industrieservice e.V.,  
Düsseldorf  
info@vais.de  
www.vais.de

**VAIS**

VAIS Verband für Anlagentechnik  
und Industrieservice e.V.

# „Stillstand ist keine Option“

## Im Industriepark Höchst stehen Unternehmen vor großen Herausforderungen

In den letzten Monaten gab es einige positive Nachrichten aus dem Industriepark Höchst. Die Firma Vulcan Energy hat eine Lithiumhydroxid-Optimierungsanlage in Betrieb genommen, das Start-up-Unternehmen CO<sub>2</sub> BioClean weihte vor kurzem eine Pilotanlage zur Nutzung von CO<sub>2</sub> zur Herstellung von biologisch abbaubaren Polymeren ein, und der Pharmakonzern Sanofi hat eine Milliardeninvestition am Standort angekündigt.

Doch diese Meldungen können nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch ein Teil der produzierenden Unternehmen im Industriepark vor großen Herausforderungen stehen und die Lage der Branche insgesamt so ernst ist wie selten zuvor: Schwache Nachfrage und hohe Kosten, vor allem im Energiebereich, sorgen für sinkende Produktionsmengen und rückläufige Umsätze, und für die exportorientierte Chemieindustrie lassen die Ankündigungen der künftigen US-Regierung insbesondere in Bezug auf die Erhebung von Zöllen nichts Gutes erahnen.

Ausgerechnet in dieser Phase, in der die Bundespolitik wirtschaftspolitische Gestaltungsspielräume zugunsten der Schlüsselindustrien nutzen müsste, ist das Bundeskabinett als Minderheitsregierung in einer sehr schwierigen Situation. Das Scheitern der Ampelkoalition stellt eine zusätzliche Belastung für den Wirtschaftsstandort Deutschland dar.

### Wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen für die Chemiebranche

Neuwahlen im Februar, anschließend Sondierungs- und Koalitionsverhandlungen, die Bildung einer neuen Regierung, Übergabe der Amtsgeschäfte in Ministerien – es könnte noch einige Monate dauern, bis die Hängepartie auf bundespolitischer Ebene beendet ist. „Diese Phase des Stillstands können wir uns aktuell nicht erlauben“, beklagt Alexander Wagner, Geschäftsführer von Infraser Höchst. „Wir brauchen sehr zeitnah Rahmenbedingungen, die es Chemieunternehmen ermöglichen, auch in Deutschland zu international wettbewerbsfähigen Konditionen zu produzieren. Ansonsten werden Standort- und Investitionsentscheidungen international agierender Unternehmen weiterhin zwangsläufig zugunsten anderer Länder ausfallen.“

### Hausgemachte Probleme

Die Probleme sind bekannt und wurden von Unternehmen und Branchenverbänden immer wieder adressiert: Bürokratie und lange Genehmigungszeiten, Kostenbelastungen durch regulatorische Vorgaben und vor allem die nach wie vor hohen Energiepreise, die produzierende Unternehmen nicht kompensieren können – überwiegend hausgemachte Probleme der Bundespolitik, die zulasten jener Industrieunternehmen gehen, die nicht nur Wohlstand und Wachstum sichern, sondern auch die Transformation des Wirtschaftsstandorts Deutschland im Sinne der Nachhaltigkeit vorantreiben sollen und können.

### Energiepreis: Kostennachteile können nicht kompensiert werden

„Auch wenn die Preisunterschiede bei den Energien gegenüber anderen Ländern nicht mehr so extrem groß sind wie 2022, so können Unternehmen hierzulande diese Kostennachteile längst nicht mehr allein durch



höhere Effizienz und hochqualifiziertes Personal ausgleichen“, sagt Joachim Kreysing, Geschäftsführer von Infraser Höchst. Unter anderem die Kosten für CO<sub>2</sub>-Zertifikate, die sich vor allem auf die Strompreise auswirken, belasten die Wettbewerbsfähigkeit von produzierenden Unternehmen. Hinzu kommen Netzentgelte, die bei den energieintensiven Firmen ebenfalls schon jetzt einen erheblichen Kostenfaktor ausmachen.

### Abschaffung „Bandlastprivileg“: Zusatzbelastung für die Industrie

Und anstatt bei diesen Themen über Möglichkeiten einer spürbaren, wirkungsvollen Entlastung für Unternehmen nachzudenken, die viel Energie benötigen und sich im internationalen Wettbewerb behaupten müssen, gehen die auf bundespolitischer Ebene geführten Debatten meist in die entgegengesetzte Richtung. Ein Beispiel: Die Diskussion um die Abschaffung des sog. „Bandlastprivilegs“. Aktuell entlastet das

Wind und Photovoltaik, liegt mitunter regelmäßig deutlich über dem Verbrauch liegt so dass „überschüssiger“ Strom zu negativen Strompreisen angeboten und zum Teil ins Ausland exportiert werden muss. Da Betreiber von Wind- und PV-Anlagen eine staatlich garantierte Vergütung erhalten, auch wenn der Strom ökonomisch nichts wert ist, belastet der massive Ausbau der Kapazitäten bei den erneuerbaren Energien die Volkswirtschaft. Das Milliardenloch soll auf Kosten von Industrieunternehmen gestopft werden.

### Technologieoffenheit und Pragmatismus sind gefragt

Dabei ist der Ausbau der Versorgungsnetze ohnehin mit immensen Kosten verbunden, die Unternehmen und private Verbraucher gleichermaßen belasten werden. Auch vor diesem Hintergrund erscheint es besonders wichtig, bei der Energiewende und der Transformation des Wirtschaftsstandorts Deutschland auf Technologieoffenheit zu setzen

werden immer mehr zu einem Wettbewerbsnachteil für die deutsche Industrie. Gerade für kleine und mittelständische Unternehmen ist der mit bürokratischen Hemmnissen verbundene Aufwand mitunter kaum noch leistbar. Stellvertretend für viele andere gesetzliche Vorgaben sorgte das Lieferkettengesetz für Schlagzeilen. Dass immerhin darüber diskutiert wurde, die Industrie an dieser Stelle vor zusätzlichen Belastungen zu bewahren, kann als gutes Zeichen gewertet werden – ein spürbarer und wirkungsvoller Bürokratieabbau darf aber natürlich nicht nur in der Vermeidung weiterer Belastungen bestehen, sondern muss bei der bereits bestehenden Regulationsdichte ansetzen.

### Politik ist in besonderer Weise gefordert

„Für diese und viele anderen Themen braucht die deutsche Industrie Lösungen, damit die Zukunftsfähigkeit der wichtigsten Schlüsselindustrien unseres Landes erhalten bleibt“, stellt Wagner fest. In der gegenwärtigen Situation, die auch von den zu erwartenden Veränderungen der US-amerikanischen Wirtschaftspolitik und den verschiedenen Konflikten weltweit geprägt werde, seien die politischen Parteien in besonderer Weise gefordert, verantwortungsbewusst zu agieren. Dazu gehört auch, die Weiterentwicklung des Wirtschaftsstandorts Deutschland nicht zur Spielwiese für parteipolitische Schaufenster-Konflikte zu machen. Mit schnellen, zukunftsorientierten und pragmatischen Weichenstellungen, die sich am Wettbewerb und



## Wir brauchen zeitnah wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen.

Alexander Wagner, Geschäftsführer, Infraser Höchst

zielführend, wenn einzelne Technologien nicht unterstützt werden und bspw. Projekte, die auf der Nutzung von grünem Methan basieren, vom Bundeswirtschaftsministerium nicht gefördert werden.

### Bürokratieabbau: Wettbewerbsnachteile für deutsche Unternehmen beseitigen

Im bevorstehenden Bundestagswahlkampf wird sicherlich der Begriff „Bürokratieabbau“ in den Wahlprogrammen der meisten Parteien auftauchen, wie schon vor den Wahlen der Vergangenheit. Den Lippenbekenntnissen der Wahlkämpfer folgten jedoch in der Regel keine nennenswerten Taten. Im Gegenteil: Die regulatorischen Vorgaben

der Marktsituation orientieren, können die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass es auch in Zukunft noch positive Nachrichten aus der Chemieindustrie gibt – von Unternehmen, die investieren und Arbeitsplätze schaffen, und die wie Vulcan Energy, CO<sub>2</sub> BioClean oder andere Unternehmen im Industriepark Höchst und an anderen Standorten wichtige Beiträge zur nachhaltigen Transformation leisten. (op)

■ www.infraser.com